

Protokoll

über die Sitzung

**des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Tourismus
am Dienstag, dem 09.06.2020, 19:00 Uhr,
in der Mensa der Schule "Altes Amt Friedeburg" in Friedeburg, Lüttmoorland 2**

Anwesend:

→ Ausschussmitglieder

Björn Fischer, Marx Vorsitzender
Maïke Behrens, Friedeburg
Maïke Eilers, Abickhåfe
Detlef Grüßing, Bentstreek Vertretung für Ratsherrn Henning Weißbach
Frauke Heeren, Reepsholt
Thorsten Hyda, Friedeburg
Walter Johansen, Horsten
Burkhard Putschke, Friedeburg
Doris Stehle, Horsten

→ beratendes Mitglied

Andreas Haak, Etzel
Ole Weber, Jugendparlament

→ Vertreter der Verwaltung

Helfried Goetz, Bürgermeister
GOR Hans-Werner Arians,
Dipl.-Verw.-Betriebsw. (FH) Nicole Meyer, Protokollführerin

TOP 1 Eröffnung der öffentlichen Sitzung

Der Vorsitzende eröffnete um 19.00 Uhr die öffentliche Sitzung.

TOP 2 Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellte fest, dass form- und fristgerecht mit Schreiben vom 28.05.2020 zur Sitzung eingeladen worden und der Ausschuss beschlussfähig sei. Einwendungen dagegen wurden nicht erhoben.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Der vorliegenden Tagesordnung – öffentlicher Teil – wurde mit 9 Ja-Stimmen zugestimmt.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 12.03.2020 - öffentlicher Teil

Das Protokoll der Sitzung vom 12.03.2020 – öffentlicher Teil – wurde mit 6 Ja- Stimmen, 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen genehmigt.

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Hierzu gab es keine Wortmeldungen.

**TOP 6 Bericht über die Haushaltslage
Vorlage: 2020-055**

Rh. Putschke erklärte, dass die gelbe Markierung der Gewerbesteuer im Bericht eine zu grobe Einschätzung sei. Für die Einschätzung der Situation in Friedeburg werde ein Portfolio der Gewerbetreibenden benötigt, unter anderem mit der Angabe, wie viele Einwohner in Kurzarbeit seien.

GOR Ariens erklärte, dass die Steuerschätzung von Mai 2020 als Grundlage für die Einschätzung in Friedeburg diene. Die bisherigen Berechnungen beruhen auf Schätzungen und Gesprächen mit den Gewerbetreibenden, ein entsprechendes Portfolio gebe es nicht.

Der BM erklärte, dass sich die Steuerschätzungen auf eine Region, hier das Land Niedersachsen, beziehen, jedoch nicht speziell auf die Gemeinde Friedeburg. Anhand von Gesprächen mit Gewerbesteuerzahlern seien Unterschiede zu erkennen. Es gebe Gewerbe mit Kurzarbeit, aber auch Unternehmen die von der Krise profitieren und in Zusatzschichten arbeiten. Ein konkreteres Bild für Friedeburg gebe es hoffentlich im September, wenn die Prognosen und weitere Zahlen veröffentlicht werden. Auch wenn genauere Zahlen aktuell nicht greifbar seien, werde derzeit nicht mit einer Minderung der Gewerbesteuereinnahmen von 25 % gerechnet.

Auf Nachfrage von Rh. Putschke erklärte der BM, dass es auch für die Entwicklung der Einkommensteuer bislang nur Schätzwerte gebe.

Rfrau Stehle fragte nach dem Sachstand der Erstellung des Jahresabschlusses 2019 und ob die der Kommunalaufsicht mitgeteilte Frist, der 30.06.2020, eingehalten werden könne.

Dipl.-Verw.Betriebswirtin (FH) Meyer erklärte, dass bis Februar 2020 alles nach Plan lief, der straffe Zeitplan für die Fertigstellung des Jahresabschlusses jedoch aufgrund der Corona-Krise in Verzug gerate, da keine Vor-Ort-Gespräche mit den Beratern aus Uelzen und keine Unterstützungstätigkeit der Softwarefirma erfolgte. Auch die bislang regelmäßig durchgeführten Arbeitskreise konnten nicht stattfinden. Zunächst seien interne Maßnahmen notwendig, um die Jahresabschlussarbeiten unter den geltenden Hygiene- und Abstandsregeln einhalten zu können. Dennoch befinde sich die Verwaltung auf der Zielgeraden und erstelle derzeit eine umfangreiche Dokumentation, in der die einzelnen Ergebnisse und das erarbeitete umfangreiche Zahlenwerk zu einem Jahresabschluss zusammengestellt werden.

Rfrau Stehle fragte, ob die technischen Möglichkeiten, wie beispielsweise Videokonferenzen, genutzt werden.

Dipl.-Verw.Betriebswirtin (FH) Meyer erklärte, dass sowohl Video- als auch Telefonkonferenzen mit den Beratern aus Uelzen durchgeführt werden.

Auf Nachfrage von Rfrau Behrens erklärte der BM, dass eine Übersicht der Haushaltsreste aus 2019 nachgereicht werde.

Anmerkung seitens der Verwaltung:

Die Übersicht der Haushaltsreste 2019 ist als Anlage zu diesem Protokoll beigelegt.

Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen.

TOP 7 Genehmigung Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2020
Vorlage: 2020-040

Rfrau Stehle wies darauf hin, dass der Haushaltsplan 2020 nur Investitionen beinhalte, für die es bereits Beschlüsse gebe, diese dennoch kritisch betrachtet werden sollten. Der Ergebnishaushalt weise nur einen geringen Überschuss aus, weshalb nicht alles umgesetzt werden könne, was die Gemeinde Friedeburg wolle, auch im Hinblick auf die Pro-Kopf-Verschuldung.

Der BM erklärte, dass die Verwaltung daran gearbeitet habe, dass der Haushaltsplan fristgerecht beschlossen werde, der Saldo aus vergangenen Jahren ausgeglichen und jetzt ein geringer Überschuss ausgewiesen werde. Auch sei die Liquidität verbessert und der Höchstbetrag der Liquiditätskredite von fünf Millionen auf drei Millionen reduziert. Die dauerhafte Leistungsfähigkeit der Gemeinde Friedeburg sei aktuell nicht mehr gefährdet. Angesichts der drohenden Verschuldung müsse sich die Verwaltung jedoch mit den Investitionen auseinandersetzen. Da nach wie vor auf Darlehensbasis investiert werde, sind große Sprünge in den nächsten Jahren nicht möglich. Es müsse auch weiterhin daran gearbeitet werden, den Haushalt zu konsolidieren.

Rh. Putschke hinterfragte eine Formulierung in der Genehmigungsverfügung, nach der die veranschlagten Kreditaufnahmen in den folgenden Jahren nicht zulässig seien.

GOR Ariens erklärte, dass die Rangfolge der Finanzmittelbeschaffung entscheidend sei und Überschüsse zunächst eingesetzt werden müssten.

Die Genehmigung wurde zur Kenntnis genommen.

TOP 8 Konzessionsvertrag mit der EWE
Vorlage: 2020-064

GOR Ariens erläuterte die Sitzungsvorlage.

Rh. Johansen erklärte, dass es damals schon langwierige Diskussionen gab, da es hierbei um sehr viel Geld gehe. Die Gemeinde Friedeburg sei jedoch damals nicht in der Lage gewesen eine eigene Gesellschaft zu gründen und daran habe sich bis heute nichts geändert.

Dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage vom 28.05.2020 wurde mit 9 Ja-Stimmen zugestimmt.

Beschlussvorschlag:

Dem VA wird empfohlen, dem Rat folgenden Beschluss vorzuschlagen:

Der Konzessionsvertrag mit der EWE vom 22.12.2012 ist nicht nach Ablauf von 10 Jahren zum 15.12.2022 zu kündigen. Vielmehr soll der Vertrag bis zum 22.12.2032 gelten.

TOP 9 Anträge

TOP 9.1 Aussetzen bereits verabschiedeter Investitionen (Antrag der SPD-

Rh. Putschke erklärte, dass zum Zeitpunkt der Antragsstellung im März nicht absehbar gewesen sei, wie sich die Pandemie entwickle und das Ziel dieses Antrages sei, die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeinde Friedeburg nicht zu gefährden. Inzwischen sei aufgrund der Schätzungen und anhand der von der Verwaltung erarbeiteten Investitionsübersicht ein konkreteres Bild entstanden, welches dazu führe, dass der Beschluss des Antrages anzupassen sei.

Der BM erklärte, dass sich durch die Pandemie finanzielle Auswirkungen ergeben, die Höhe und die Art der Auswirkung derzeit jedoch noch unbekannt seien. Seitens der Verwaltung wurden bereits Maßnahmen umgesetzt, um die Auswirkungen gering zu halten. So wurden zum Einen keine neuen Investitionsmaßnahmen umgesetzt, sondern nur die, für die es eine gesetzliche Pflicht gebe. Und zum Anderen wurde eine Haushaltssperre in Höhe von 25 % angeordnet. In der Zwischenzeit habe die Bundesregierung einen Koalitionsbeschluss veröffentlicht, welcher eine Strategie für die Kommunen vorgebe. Demnach solle sich die Kommune antizyklisch verhalten und investieren, um die Wirtschaft zu unterstützen. Desweiteren profitiere die Verwaltung bei Investitionen derzeit von der günstigen Zinslage und der Mehrwertsteuersenkung, sowie von zusätzlichen Förderungen. Das Verschieben von Investitionsmaßnahmen führe nicht zum Sparen, sondern zu eventuellen Preissteigerungen, insbesondere im Baubereich aufgrund der Baupreissteigerung und dann wiederum zu höheren Darlehen.

Rh. Grüßing erklärte, dass eine Vollbremsung der Kommune und ein Verschieben der Maßnahmen zunächst gut aussehe, für die Gemeinde Friedeburg als auch für die Wirtschaft jedoch nicht zielführend sei.

Rfrau Heeren wies darauf hin, dass die Zinsen in den nächsten Jahren vermutlich nicht so niedrig bleiben und deshalb die Maßnahmen in 2020 umgesetzt werden sollten. Sparsamkeit sei richtig, jedoch führe das Verschieben nicht dazu. Auch sollte die Baubranche, welche durch die Krise Aufträge verloren habe, unterstützt werden.

Rh. Haak erklärte, dass ein antizyklisches Verhalten richtig sei und die Kommune die Wirtschaft unterstützen müsse. Jedoch müsse das gesamte Konjunkturpaket betrachtet werden, nicht nur einzelne Maßnahmen. Von der Umsatzsteuersenkung profitieren ebenfalls junge Familien, welche ein Eigenheim bauen wollen. Denen würde die Kommune die Möglichkeit des Bauens mit einem Bauunternehmen ausschlagen. Sinnvoll sei die Umsetzung kleinerer Maßnahmen, in denen die Leistungserbringung in 2020 erfolge und dadurch die Steuersenkung genutzt werde.

Rh. Putschke regte an, mit Sinn und Verstand über die Vorschlagsliste der Verwaltung zu diskutieren und nicht einfach alle Investitionsmaßnahmen umzusetzen, da hierdurch ein Defizit von 1,9 Millionen Euro riskiert werde. Dieses Defizit müsse aufgefangen werden, beispielsweise durch das Verschieben freiwilliger Maßnahmen.

Der BM erklärte, dass das Ziel dieser Diskussion sein müsse, in der heutigen Sitzung eine Strategie für das Verhalten in Friedeburg zu erarbeiten. Insbesondere über die in der Vorschlagsliste farblich markierten Maßnahmen müsse gesprochen werden. Es läge in der Natur der Sache, dass nicht alle Maßnahmen des Investitionsprogrammes in 2020 umgesetzt oder teilweise abgelehnt werden. Die Mehrwertsteuersenkung aber auch die Baupreissteigerung sollten unter anderem bei der Entscheidung berücksichtigt werden. Voraussichtlich im September werde es erst neue Zahlen und neue Erkenntnisse geben, dann sei es jedoch für eine entsprechende Beschlussfassung zu spät.

Rh. Grüßing erklärte, dass man nicht davon ausgehen könne, dass alle Maßnahmen des Investitionsprogrammes so schnell umsetzbar seien. Eine Bremsung würde dafür sorgen, dass noch mehr Maßnahmen in 2020 nicht umgesetzt würden.

Rfrau Stehle wies darauf hin, dass eine Baubranche, welche eine Preiserhöhung von vier bis sieben Prozent in Aussicht gestellt werde, in der jetzigen Krise nicht unterstützt werden müsse. Es mache jedoch keinen Sinn die fünfseitige Vorschlagsliste der Verwaltung zu besprechen, da dieses zu zeitaufwendig sei. Es müsse auch nicht über große Projekte gesprochen werden, die in 2020 nicht fertig gestellt werden können oder nicht zum Tragen kommen, wie der Rathausbau, da hier noch viel Zeit bis zur Ausschreibung und Fertigstellung vergehe. Die Entscheidung über große Maßnahmen habe Zeit bis September, dann bestünde aufgrund der neuen Schätzungen mehr Klarheit. Eine Beschränkung der Diskussion auf die kleineren Maßnahmen sei sinnvoller.

Rh. Putschke regte an, die in der Vorschlagsliste rot eingefärbten Maßnahmen vorerst nicht umzusetzen, sondern hierüber im September zu entscheiden.

Rh. Haak erklärte, dass das Aufschieben dem Vorschlag des Konjunkturpaketes widerspreche und die Gefahr bestünde, dass die Förderungen der Bundesregierung irgendwann ausgeschöpft seien. Die neuen Tore für das Feuerwehrhaus Etzel seien beispielsweise eine kleine Maßnahme, die nicht verschoben werden müsse.

GOR Ariens wies darauf hin, dass es sich bei den Vorschlägen der Verwaltung um das Verschieben von großen Maßnahmen, wie beispielsweise den Bau einer Kita und des Rathauses handele, deren geplanten Ansätze in 2020 nicht voll ausgeschöpft würden.

Rh. Haak kritisierte, dass die Förderzeiträume kurz seien und das Verschieben von Maßnahmen zur Folge haben könne, dass eine Maßnahme im nächsten Jahr nicht mehr förderfähig sei.

Der BM erklärte, dass mit heutigem Stand mit der Baumaßnahme der Kindertagesstätte in Reepsholt angefangen werde und dass vorbereitende Maßnahmen bereits durchgeführt worden seien, die Fertigstellung jedoch erst in 2021 erfolge.

Rh. Hyda wies darauf hin, dass lediglich über die Investitionsvorhaben Rathaus und Feuerwehr diskutiert werden müsse, da die anderen Vorhaben noch in diesem Jahr umsetzbar seien oder bereits feststünde, dass sie nicht umgesetzt werden. Hierüber werde in der nächsten Ratssitzung am 02. Juli ein Sachstandsbericht erfolgen, erst dann könne man in Bezug auf die beiden Vorhaben entscheiden.

Rfrau Heeren erklärte, dass angefangene Baumaßnahmen wie beispielsweise der Bau der Kita in Reepsholt fertig gestellt werden müssen und nicht riskiert werden solle, dass es in 2021 zu einem Baustopp komme, weil die Haushaltssatzung nicht genehmigt sei.

Rh. Hyda erklärte, dass ein Baustopp aufgrund fehlender Haushaltssatzung haushaltsrechtlich nicht möglich sei.

Rfrau Eilers wies darauf hin, dass über die gelb markierten Vorschläge nicht diskutiert werden müsse, da das Aufschieben dieser Maßnahmen unrealistisch sei. Das Aussetzen der Investition für die Tore der Feuerwehr in Etzel sei lächerlich, da es sich hierbei um einen geringen Ansatz und somit nur um eine geringe Einsparung handele. Auch über den Bau der Kita in Reepsholt müsse nicht diskutiert werden, da mit dieser Maßnahme bereits begonnen und diese somit auch fertiggestellt werde.

Rh. Fischer wies darauf hin, dass die Fraktionen ausreichend Zeit hatten, um sich mit der Vorschlagsliste der Verwaltung zu beschäftigen und das in der heutigen Sitzung die Zeit nicht ausreiche, um Schritt für Schritt jede Maßnahme zu besprechen und jeden Fall einzeln zu bewerten.

Der BM erklärte, dass über die erarbeitete Vorschlagsliste der Verwaltung und einem geänderten Beschlussvorschlag der Vorlage abgestimmt werden müsse. Über eine Umsetzung der Maßnahmen werde erst entschieden, wenn die Finanzierung gesichert sei. Über eventuelle Baustopps müsse sich aus haushaltsrechtlichen Aspekten keine Sorgen gemacht werden.

Rh. Putschke erklärte, dass es drei Investitionsvorhaben gebe, die diskussionswürdig seien. Hierbei handele es sich um die Tore der Feuerwehr Etzel, das Dachgeschoss der Kita „Hollerbusch“ sowie die Dorfentwicklungsmaßnahme „Naturerlebnispark Wiesedermeer“. Grundsätzlich werde der Vorschlagsliste der Verwaltung zugestimmt, jedoch nur mit einer Feinjustierung.

Rfrau Behrens erklärte, dass eine Diskussion über das Aufschieben von Maßnahmen, mit Ausnahme des Vorhabens Rathausneubau, keinen Sinn mache und nicht klar sei, worüber abgestimmt werden solle.

Auf Nachfrage von Rh. Haak erklärte der BM, dass der genehmigte Haushaltsplan mit Investitionsplan jederzeit umgesetzt werden dürfe. Der Beschlussvorschlag reduziere jedoch das Investitionsvolumen in 2020.

Rfrau Stehle wies darauf hin, dass sich die Vorschlagsliste ausschließlich mit dem Verschieben von Maßnahmen befasse und hierdurch kein Euro gespart werde. Die Zustimmung für die Aussetzung der Investitionsvorhaben führe weder zu einer Genesung des Investitionsvolumens noch zu einer Reduzierung des Kreditvolumens.

Rh. Putschke stellte den Antrag, den Beschlussvorschlag zu ändern.

Dem geänderten Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage vom 28.05.2020 wurde mit 6 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen zugestimmt.

Beschlussvorschlag:

Dem Verwaltungsausschuss wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

Der Verwaltungsausschuss beschließt die Aussetzung nicht gesetzlich erforderlicher Investitionen 2020 gemäß der in dem Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Tourismus vom 09.06.2020 erarbeiteten Liste, soweit deren Finanzierung gesichert ist.

TOP 10 Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Der BM berichtete gemäß der beigefügten Anlage, die Bestandteil dieses Protokolls ist.

TOP 11 Anfragen und Anregungen

Rh. Putschke fragte, ob die Verwaltung die Gesamtaufstellung der gemeindeeigenen Wohnungen, welche als Anlage zum Protokoll des letzten Verwaltungsausschusses zur Verfügung gestellt wurde, um die Information ergänzen könne, welche Wohnungen bereits vermietet seien und welche leer stünden.

Der BM erklärte, dass diese überarbeitete Gesamtaufstellung nachgereicht werde und wies darauf hin, dass der angegebene Mietpreis einer Wohnung in Reepsholt so hoch und damit als „Ausreißer“ erkennbar sei, da hier die zuletzt vereinbarte Brutto-Warmmiete angegeben worden sei.

Rh. Haak wies darauf hin, dass die Änderung des Mehrwertsteuersatzes Auswirkung auf Baumaßnahmen habe, bei denen der Leistungszeitraum in 2020 sei, sodass in den nächsten Ausschreibungen nicht wie bislang die Brutto-Summe, sondern Teilleistungen mit günstigerem Steuersatz berücksichtigt werden sollen.

Der Vorsitzende schloss um 20:46 Uhr die öffentliche Sitzung.

Vorsitzender

Bürgermeister

Protokollführerin